

Friddensmarsch

Marche pour la paix

March for Peace

Marcha pela Paz



20.6.2020

Esch/Alzette

🕒 15:30 > 16:30

📍 Place de l'Hôtel de Ville

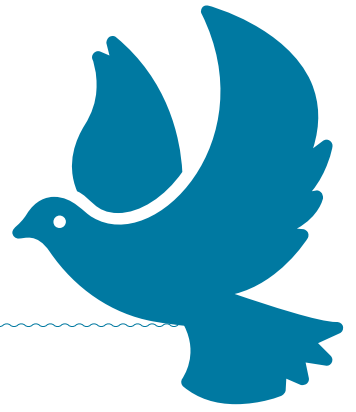
🎵 Becky & Cloud

 **OGBL** **FSPL**

ogbl.lu — f OGBL — 🐦 OGBL_Luxembourg
f fsplux

Friddensmarsch

20.6.20 | Esch/Uelzecht | 15 Auer 30 op der Gemengeplaz



„Brécke baue fir Fridden a Gerechtegkeet“

Wegen der Covid-19-Pandemie mussten der OGBL und die FSPL die Ausgabe 2020 des „Friddensmarsch“ auf den 20. Juni, den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen, verschieben.

Der globale Charakter der Pandemie hat es eindeutig erforderlich gemacht, die Weichen für die Organisation der internationalen Beziehungen neu zu stellen, die auf Solidarität und Koordinierung zwischen den Nationen und nicht auf Wettbewerb, gegenseitige Anschuldigungen oder sogar offene Konfrontation beruhen müssen. Die Coronavirus-Krise war jedoch insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China Gegenstand eines Aufschreis, der, durch ein zunehmend verschärftes Wettrennen, zunehmend mit einem neuen kalten Krieg verglichen wird.

Gleichzeitig ist die Flüchtlingskrise aufgrund der Pandemie aus dem Blickfeld geraten, hat sich jedoch in keiner Weise verringert, da die Flüchtlingspopulationen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Virus besonders gefährdet sind.

Vor 75 Jahren wurde Europa unter vielen Opfern von Krieg und Faschismus befreit. Krieg, Rassismus und Faschismus sind heute wieder bedrohlich aktuell. Die Organisatoren und Unterstützer des „Friddensmarsch 2020“ werden diesen Tendenzen konsequent entgegentreten.

Schließlich ist hervorzuheben, dass Klimawandel und militärische Rüstung in einem engen Zusammenhang stehen. Wir unterstützen die massiven Proteste und Forderungen vieler Menschen, um endlich eine konsequente Klimaschutzpolitik in die Wege zu leiten.

Wir fordern:

- Stärkung der Vereinten Nationen und der OSZE.
- Weltweite Ächtung aller Atomwaffen.
- Multilaterale Verhandlungen bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung.
- Konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

Angesichts der steigenden politischen und sozialen Spannungen innerhalb und an den Grenzen zur Europäischen Union, setzt die neue Kommissionspräsidentin auf den Ausbau der europäischen Verteidigungsmittel, die zusätzlich zu den militärischen Mitteln der Mitgliedsstaaten, deren wirtschaftlichen Interessen verteidigen sollen.

Wir fordern:

- Eine europäische Nachbarschaftspolitik, die institutionelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Nachbarländer fördert.

- Als kurzfristige Notlösung, sichere Fluchtwege für die Opfer einer neoliberalen Globalisierung, deren Auswirkungen Ressourcenkriege, Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit sind.
- Das sogenannte Dublin-Abkommen muss neu verhandelt werden. Europäisches Recht und Empathie müssen die Grundsätze einer EU-Flüchtlingspolitik sein.
- Gemäß ihrer Gründungswerte muss die Europäische Union sich für eine global gerechte, soziale und nachhaltige Handelspolitik weltweit einsetzen. Die jüngste Abstimmung der Abgeordnetenversammlung über die Freihandelsabkommen mit Kanada und Singapur war eine Entscheidung, die gegen dieses Ziel verstößt.
- Eine Umorientierung der immer weiter steigenden EU-Haushaltsmittel für den Aufbau einer EU-Armee, in Richtung von Konfliktpräventionsprogrammen, sowie einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit in den Bereichen Soziales, Ökologie und Ökonomie die sich an den 17 Zielen der nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen orientiert.

Der US-Präsident fordert seit Beginn seiner Amtszeit von den EU-Staaten mehr Ausgaben für Rüstung für das gemeinsame Militärbündnis NATO. 2% des BIP der jeweiligen Staaten wird als Verpflichtung dargestellt obwohl es in der Wales-Erklärung der NATO, nur eine reine Absichtserklärung gab. Doch diese Absichtserklärung reicht auch der Luxemburger Regierung aus, um Jahr für Jahr massive Erhöhungen des Militärbudgets zu betreiben.

Wir fordern:

- Abrüstung statt Aufrüstung, Luxemburg muss sich klar gegen die Aufrüstungsziele der NATO aussprechen.
- Gegen den atomaren Wahnsinn: Luxemburg muss das weltweite Atomwaffenverbot der Vereinten Nationen unterschreiben und ratifizieren.
- Angesichts der Kostenexplosion muss der luxemburgische Staat das militärische Satellitenprojekt endgültig beenden.
- Die Regierung muss auch die geplante Übernahme des Militärflugzeugs A330 MRTT stornieren.
- Angesichts der erheblichen öffentlichen Ausgaben, die erforderlich sind, um eine rasche Erholung zu gewährleisten, Arbeitsplätze zu erhalten und die Kaufkraft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu unterstützen, müssen die Rüstungsausgaben auf andere Haushaltsposten wie das Gesundheitssystem, Wohnen, Bildung, Forschung und den Kampf gegen Armut und Ungleichheit umgeleitet werden.

FSPL

FRIDDENS- A SOLIDARITÉITSPLOTTFORM LËTZEBUERG

OGB•L

ONOFHÄNGEGE GEWERKSCHAFTSBOND LËTZEBUERG

ogbl.lu  ogbl  ogbl_Luxembourg

linktr.ee/Friddensplattform  fsplux